



**Anwesende:**

**Ausschussvorsitzender:**

Schneider, Gottfried CDU

**Ausschussmitglieder:**

Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Gisela Metzger
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Dr. Vonderheid, Ulrich	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	
Hapke, Ellen	SPD	in Vertretung für Gerhard Herbert
Hechler, Katrin	SPD	in Vertretung für Karin Hartmann
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Berbner, Ingrid	FWG	
Kramer, Benjamin	FDP	in Vertretung für Roland von Hunnius

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i. V. mit § 33 HKO):**

Bitsch, Peter REP in Vertretung für Haymo Hoch

**Kreisausschuss:**

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Lehberg, Jürgen	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Ohl, Gottlieb	FDP	Kreisbeigeordneter

**Verwaltung:**

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Ahlheim, Klaus	Personalmanagement
Scheller, Jörg	Personalmanagement
Deveci, Sarah	Auszubildende

**Schriftführer:**

Fasser, Helmut Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:05 Uhr die 16-008. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Abgeordneter Kaltwasser monierte den Umstand, dass in der Einladung und in der öffentlichen Bekanntmachung darauf hingewiesen worden sei, dass über Punkt 7 der Tagesordnung (Veräußerung der Liegenschaft Darmstädter Straße 269 in Bensheim-Auerbach) in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden werden solle, als Formfehler (Zitate aus Foerstemann "Die Gemeindeorgane in Hessen").

Abgeordnete Hechler erklärte ferner, der Hinweis, die Nichtöffentlichkeit sei in der letzten Sitzung "beschlossen" worden, entspreche nicht den Tatsachen. Der Vorsitzende wies hierzu darauf hin, dass es gegen seine Feststellung in der letzten Sitzung bezüglich der Nichtöffentlichkeit der Beratung dieser Angelegenheit keine Einwände gegeben habe.

Es gab eine kurze Diskussion unter den Stichworten: schützenswerte Interessen und Detailfragen, Vertrauensschutz, Wohl des Kreises und Schadensersatz.



**Punkt 2:** **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007, Veranschlagung von Planungskosten für das S-Bahn Projekt Rhein-Neckar, 2. Stufe**  
**Vorlage: 16-0340**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt der Veranschlagung der Zuwendung an den ZRN für den Ausbau 2. Stufe S-Bahn Rhein Neckar (Planungskosten) in Höhe von 105.000,-- € zu und empfiehlt dem Kreistag, die Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße mit dieser Änderung zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die am 20.10.2006 im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss bereits beschlossene Änderungsliste entsprechend zu ergänzen und dem Kreistag in seiner Sitzung am 30.10.2006 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Jastimmen, 1 Neinstimme.

**Punkt 3:** **Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2010**  
**Vorlage: 16-0292**

Der Ausschuss hat über das Konsolidierungskonzept beraten. Erster Kreisbeigeordneter Lehberg beantwortete zahlreiche Fragen. Aufgrund eigener Anstrengungen und nicht auf Grund gesetzgeberischer Maßnahmen werde der Kreis in der Lage sein, die Belastungen etwas abzufedern.

In mehreren Beiträgen äußerten sich die nicht der Mehrheit angehörenden Ausschussmitglieder skeptisch und kritisch zu den ihnen zu wenig konkret erscheinenden Inhalten des Konzeptes.

Der Vorsitzende merkte dazu an, dass viele der eine Rolle spielenden Faktoren für die desolante Finanzsituation nicht von der untersten Ebene zu verantworten seien. Es müsse deshalb erlaubt sein, Vergleiche der Länder der Bundesrepublik untereinander und der sich dort entwickelnden Strukturen, Aufgabenverteilungen und Aufgabenzuweisungen, Finanzströme und Finanzausstattungen zu ziehen. Die in Bund und Ländern entscheidenden Parteien seien in diesem Kontext gefordert, ein Konzept zu erarbeiten, durch das die Kommunen überall in die Lage versetzt würden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Auf der unteren Ebene werde es immer wieder zu politischen Streitereien in finanziellen Dingen kommen, die strukturellen Grundprobleme müssten aber von oben verändert werden.

Der Landrat unterstrich ebenfalls die eigenen, aber nur in begrenztem Rahmen möglichen Bemühungen des Kreises um eine Haushaltskonsolidierung. Dazu gehörten unter anderem auch die Personalkosten und der Abbau von Planstellen, wo der Kreis anerkanntermaßen bereits mehr getan habe als andere Kreise. Die Aufgaben aus den dominierenden Leistungsgesetzen im Sozialbereich könnten aber nun einmal nicht ohne Kostenausgleich auf die Kommunen heruntergebrochen werden. Das vorgelegte Konsolidierungskonzept sei deshalb ehrlich und realistisch, weise aber auch ganz klar Grenzen auf.





